



Zukunftsfähigkeit der Bahn erhalten Gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Teilprivatisierung der Deutschen Bahn verstößt nach gemeinsamer Auffassung des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nicht nur gegen die im Grundgesetz geforderte gemeinwohlorientierte Entwicklung des Schienenverkehrs, sondern er kostet Steuerzahler und Verbraucher Milliarden Euro und wird die Zukunftsfähigkeit der Bahn in Deutschland unterminieren. Auch zeigen aktuelle Umfragen, dass bis zu zwei Drittel der Bevölkerung gegen die Privatisierung der Bahn sind. Arbeitsplätze, Verbraucherwünsche und die Zukunftsfähigkeit der Bahn stehen auf dem Spiel.

Aus diesen Gründen fordern DGB und vzbv den Bundestag und den Bundesrat auf, den eingebrachten Gesetzentwurf abzulehnen.

- Der Regierungsentwurf sieht vor, privaten Investoren Mitsprache- und Entscheidungsrechte über die Infrastruktur, das Herzstück des Schienenverkehrs, einzuräumen. Gleichzeitig sollen faktisch über Jahre private Renditeinteressen mit 2,5 Mrd. Euro jährlich an Steuergeldern zur Erhaltung des Netzes und einer Milliarde für Neu- und Ausbau subventioniert werden – insgesamt über 52 Milliarden Euro in den nächsten 15 Jahren.
- Die vorgesehene gesetzliche Regelung, nach der der Bund nach Ablauf von 15 Jahren das der DB AG überlassene Schienennetz wieder zurückkaufen könnte, wird nicht greifen. Kein Finanzminister wird den Steuerzahlern erklären, dass er nach Ablauf der Netznutzung durch die DB AG einen Wertausgleich von schätzungsweise bis zu acht Mrd. Euro zu zahlen hat, während der Bund durch die Teilprivatisierung beim Aktienverkauf vermutlich nur drei bis vier Milliarden Euro an Einnahmen erhalten wird (bei Annahme, dass 50 Prozent der Privatisierungserlöse an die Bahn zurückfließen). Der vorliegende Gesetzentwurf soll unumkehrbare Fakten schaffen und kommt einem Ausverkauf staatlichen Eigentums weit unter Wert gleich.
- Das im Auftrag der Landesverkehrsminister erstellte Gutachten zum Gesetzentwurf bestätigt die faktische Privatisierung der Schieneninfrastruktur. Die Stilllegung von bis zu 10.000 km des Netzes und die Streichung von bis zu zehn Prozent des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs sind zu befürchten. Gerade in Zeiten der Diskussion um den Klimaschutz müssen jedoch Weichen gestellt werden für ein zukunftsfähiges Verkehrssystem in Deutschland, zu dem ein öffentlich finanziertes und kontrolliertes Schienennetz gehört.

- Der Entwurf gefährdet die Erschließung der Regionen mit Regionalverkehren der Eisenbahn. Die Finanzierungsverantwortung für Investitionen wird schleichend auf die Länder verlagert. Durch Preiserhöhungen für die Infrastrukturnutzung kann die Bahn Renditesteigerungen bewirken, ohne zusätzliche Verkehrsleistungen durch Wettbewerber im Regionalnetz zulassen zu müssen. Mehrkosten von bis zu einer Milliarde Euro gehen zu Lasten der Regionalisierungsmittel.

Nach Auffassung von vzbv und DGB sollte eine strukturbedingt nur mit öffentlichen Geldern finanzierbare Eisenbahninfrastruktur nicht privatwirtschaftlichen Renditeinteressen unterstellt werden. Zudem erinnern die Beteiligten die Politik an ihre grundgesetzliche Verantwortung für das Verkehrsangebot.

Die gesellschaftliche Diskussion über die Bahnprivatisierung hat gerade begonnen. Der nicht annehmbare und verfassungsrechtlich problematische Gesetzesentwurf, der die Zukunftsfähigkeit der Bahn verschlechtert statt sie zu verbessern, ist keine geeignete Grundlage für die parlamentarische Beratung. Das Signal an die Politik ist vielmehr: Sie muss endlich ihren Gestaltungsauftrag wahrnehmen und entschlossen die Weichen für ein nachhaltiges Verkehrssystem stellen. Es ist ein Widerspruch, wenn die Politik wiederholt Anstrengungen zum Klimaschutz fordert und gleichzeitig die Bahn als das klimafreundlichste Verkehrsmittel in der Fläche gefährdet. Nötig sind nicht nur Fernverbindungen zwischen den Metropolen, sondern eine flächendeckende Eisenbahninfrastruktur. In einem solchen Konzept spielt ein leistungsoptimierter und gesellschaftlichen Ansprüchen verpflichteter, attraktiver Schienenverkehr, der zum Herzstück nachhaltiger Mobilitätsstrukturen und des Klimaschutzes in Deutschland wird, eine herausragende Rolle.

Diese Chance darf durch die aktuellen Pläne zur Teilprivatisierung nicht leichtfertig verspielt werden.

Berlin, 09.10.2007